

Das Problem des Imperialismus und die Wissenschaft ¹⁾

Von Adolf Grabowsky, Arlesheim

I.

Man hat sich gewöhnt, das gegenwärtige Zeitalter als das des Imperialismus zu bestimmen. Der Begriff tauchte auf, als England immer mehr zu einer Reichspolitik überging, zur bewussten Gestaltung eines Imperiums, das in Grossartigkeit und Weiträumigkeit an das alte Römische Reich erinnerte. Nun begann man überhaupt, auf die imperialen Bildungen der Geschichte zu achten. Jede grosse Eroberungspolitik hiess jetzt Imperialismus, und man versuchte, die gleichartigen Elemente in solchen Eroberungszügen herauszuarbeiten. Man stiess hierbei auf den Unterschied zwischen nackter Eroberung, Eroberung um der Eroberung willen, und systematischer Eroberung. Imperialismus war nun allein das, was bewusste, programmatische Eroberung, systematisch angelegten Territorialwillen in sich fasste. Man gelangte zu dem Begriff des Reichsbaues in seiner raumkonstruktiven Bedeutung. Das erwachte Interesse an den Beziehungen zwischen Raum und Geschichte, Raum und Politik, trug dazu bei, dem praktischen Imperialwillen, wie er sich im Raume auswirkt und durch den Raum bedingt wird, seine Aufmerksamkeit zu schenken. Nunmehr stellte man auch die imperiale Politik in ihrer Bewusstheit und ihrer methodischen Raumkonstruktion nicht allein gegen die blosser Eroberungspolitik früherer Zeiten aus Machtgier, Raubgier, Prestige, sondern speziell auch gegen eine un-systematische Kolonialpolitik, eine Landfetzenpolitik, wie sie in der kolonialpolitischen Frühzeit und noch bis in die unmittelbare Gegenwart hinein geherrscht hatte. Bald aber erkannte man, dass bewusster imperialer Wille sich nicht nur auf Landerwerb zu richten braucht, sondern auch Wirtschaftseinfluss und Kultureinfluss zum Ziel haben kann; man unterschied somit drei Arten des imperialen Strebens: die politische, die wirtschaftliche, die kulturelle. Verstreut und unzusammenhängend bekundeten sich diese Einsichten; es war auch oft

¹⁾ Man vergleiche hierzu den Abschnitt Weltpolitik aus des Verfassers «Politik» (Berlin 1932, Spaeth & Linde), ferner die Schriften des Verfassers «Deutschland und das Weltbild der Gegenwart» (Berlin 1928, Zentralverlag) und «Die Konstruktion des eurasischen Raumes» (Leipzig 1932, C. L. Hirschfeld). Von Abhandlungen des Verfassers seien genannt: «Englands Grundprobleme» (Zeitschrift für Politik, Bd. 16, S. 454 ff.), «Zur kolonialpolitischen Problematik» (Zeitschrift für Politik, Bd. 19, S. 253 ff.) und «Das Schicksal des Kapitalismus» (Zeitschrift für Politik, Bd. 22, S. 217 ff.).

nur das dunkle Gefühl, das von der Unverwechselbarkeit des heutigen Imperialismus redete.

Inzwischen war aber bereits eine Doktrin emporgestiegen, die sowohl die Sonderexistenz des heutigen Imperialismus behauptete, wie auch den Anspruch erhob, die getrennten Einsichten universal zusammenzufassen. Sie unternahm die Einordnung unter dem Motto des Kapitalismus. Da unser Zeitalter doch auch das des Kapitalismus, der Geldwirtschaft und Marktwirtschaft im Gegensatz zur Handwerks- und Bedarfsdeckungswirtschaft einer früheren Epoche darstellt, lag es nahe, Kapitalismus und Imperialismus zu verbinden und den Imperialismus als Folge eines bestimmten Stadiums des Kapitalismus erscheinen zu lassen. Der Neumarxismus, das heisst die marxistische Ausdeutung des entwickelten Kapitalismus, hat sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht. Wie dem Marxismus überhaupt politische Phänomene nur als Derivat wirtschaftlicher erscheinen, so betrachtet der Neumarxismus den Imperialismus lediglich als ein Eroberungstreiben des Kapitals, das sich neue Märkte zu schaffen sucht, nachdem die alten ausgeschöpft sind, das in die Welt hineinlangt, weil die heimischen Märkte für die kapitalistische Expansion zu eng geworden sind. Hierbei freilich meldete sich sofort ein wesentlicher Einwand. Üblicherweise betrachtet man den Imperialismus als kriegerisch; nun aber hat der reguläre Handel, insbesondere der Welthandel, kein Interesse am Krieg, soweit nicht der doch relativ geringe Rüstungshandel in Frage kommt, er macht vielmehr die besten Geschäfte in einer friedlichen Atmosphäre. Der Einwand trifft schon deshalb nicht ins Schwarze, weil, wie wir noch sehen werden, der Imperialismus keineswegs nur eine kriegerische Seite hat; ganz abgesehen davon aber rechnet diese Entgegnung nicht mit dem Umformungsprozess des Kapitalismus, der die händlerische Grundeinstellung der Wirtschaft durch andere Einflüsse durchkreuzte. Immer noch denkt man beim Begriff Wirtschaft viel zu sehr nur an den freien Handel, an die Privatwirtschaft, wie sie sich, verhältnismässig ungestört von staatlichen Eingriffen, in einer frühen Periode des Kapitalismus entwickelte. Indem aber im Fortgang des Kapitalismus die Wirtschaft staatlich reguliert wurde, sind in sie Anschauungen des Staates eingezogen, die ihr theoretisch vielleicht fernliegen sollten, die aber praktisch nun einmal vorhanden sind. Man darf niemals vergessen, dass durch die Staatseingriffe doch auch ihre seelische Struktur verändert worden ist, schon um deswillen, weil die Eingriffe in diesem Umfange gar nicht möglich gewesen wären, wenn nicht eine erhebliche Aufnahmebereitschaft der Ökonomie, ja sogar ein entschiedenes Verlangen nach dem Staat existiert hätte. Wichtig ist dabei, dass der Staat namhafte Positionen der Wirtschaft besetzte, ohne dass aber doch, mit Ausnahme der Sowjetunion, und auch diese Ausnahme gilt nicht absolut, ein sozialistisches Wirtschaftssystem mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder sogar der Konsumtionsmittel an die Stelle des Kapitalismus getreten wäre. Sombart hat diese Periode des Kapitalismus als Spätkapitalismus bezeichnet: besser spricht man im Gegenteil von formhaft gewordenem Kapitalismus, von einem, der den Staatspanzer angelegt hat, um sich desto robuster auszubilden. Wie dem aber auch sei, diese Verbindung von Kapitalismus und Staat infiltriert

der Wirtschaft staatliches Denken und Rücksichtnahme auf die Staatsräson. Umgekehrt ist der Staat, der lange Zeit sich fast nur auf dem politisch-administrativen Gebiet betätigte und danach noch, aber schon in minderm Grade, auf dem kulturellen, verwirtschaftlicht worden. Damit denkt der Staat wirtschaftlich, die Wirtschaft politisch. Eigentlich wird deshalb der Streit über den Primat der Politik oder der Wirtschaft immer belangloser und interessiert nur dann, wenn die Gesetzmässigkeiten der Wirtschaft allzusehr vernachlässigt werden; für das alltägliche Auge sind beide Gebiete ineinander verschmolzen, hineingeschmolzen aber ist in die Masse auch das kulturelle Gebiet. Wenn, wie wir gesehen haben, es neben der territorialpolitischen Tendenz des Imperialismus auch noch eine wirtschaftliche und eine kulturelle gibt, so sind das systematische Unterscheidungen, die, so notwendig sie auch sind, im praktischen Leben ihre Schärfe verlieren; es sind drei Seiten einer und derselben Sache. Damit lässt sich, wenn man nun einmal die Wirtschaft im entwickelten Kapitalismus betrachtet, nicht mehr der rein wirtschaftliche Kapitalismus von dem mit dem Staat verschwisterten, sagen wir dem politischen Kapitalismus, unterscheiden. Fügt man die Propaganda, die Reklame, die Agitation, die doch der geistigen Durchsetzung des Kapitalismus dienen und die er braucht, um seinen marktwirtschaftlichen Zwecken zu genügen, hinzu, so lässt sich auch wohl von einem kulturellen Kapitalismus reden, wobei man freilich den Begriff Kultur nicht eben als feinste Geistigkeit verstehen darf.

Wodurch aber ist der Staat mächtiger geworden? Man darf zunächst sagen: gerade durch die Wirtschaft. Indem sich die Wirtschaft ungeheuer erweiterte, differenzierte und komplizierte, indem sie von der Hauswirtschaft zur Vizinalwirtschaft, zur Territorialwirtschaft, Nationalwirtschaft und Weltwirtschaft aufstieg, wurde sie hingewiesen nicht nur auf die internationale Verflechtung, sondern ebenso auf die staatliche Isolierung. Volkswirtschaften begannen miteinander zu ringen, und dabei musste der Staat schützend und fördernd auftreten. Wir sprachen soeben von formhaft gewordener Wirtschaft. Nun, die Wirtschaft, sich selbst überlassen, bildet zwar auch gewisse Organisationen aus, um sich Form zu schaffen, und es ist das ein organischer Prozess, den zu stören Preisgabe der wirtschaftlichen Lebendigkeit und Bluthaftigkeit bedeutet, aber dieser von unten nach oben gerichteten Tendenz muss doch, es ist das nicht zu verkennen, immer mehr eine von oben nach unten gerichtete entsprechen, damit alle Schwammigkeit und Unübersichtlichkeit zugunsten wirklicher Stosskraft, zugunsten gesammelter Schlagkräftigkeit getilgt werde. Wenn Volkswirtschaften, Staatswirtschaften miteinander kämpfen, darf der Staat nicht müssig sein. Davon abgesehen aber war dies Eingreifen des Staates in die Wirtschaft eingeleitet worden durch die moderne Sozialpolitik, den Schutz der Arbeitnehmer vor den Arbeitgebern, dem der Staat sich nicht entziehen konnte, wollte er nicht die Volkskraft verwüsten lassen, dem er sich aber auch mit besonderer Intensität hingab, weil sonst die Selbstorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Staat gesprengt hätten. Durch die Sozialpolitik war der Einbruch des Staates in die Wirtschaft erfolgt, und nun setzte der sich organisch fort auf dem spezifisch wirtschaftlichen Gebiet, weil die Wirtschaft selber das zwecks Er-

oberung neuer Märkte und Bewahrung der alten verlangte und weil sie zudem in den Krisen der Gegenwart zu erkennen glaubte, dass der Selbstheilungsprozess der Ökonomie mehr und mehr versagte.

Allein aber vom Wirtschaftlichen her lässt sich die Staatsverfestigung nicht erklären. Alle Institutionen tragen in sich die Tendenz, sich immer stärker auszuwachsen, sich immer mehr mit Dynamik zu erfüllen. Das Wort Staat rührt von status = stehen, Stellung, fester Bestand, stabile Ordnung her. Ursprünglich war der Staat tatsächlich viel mehr nur Ordnung und Stabilität als Dynamik. Er wuchs sich aus zur höchsten sozialen Organisation, indem er sich über die primitiveren Sozialorganisationen legte zu einer Zeit, da die fortgeschrittene soziale Differenzierung eine solche höhere Organisation notwendig machte. Aber sie blieb lange Zeit hindurch nur eine lose, über den elementaren Sozialorganisationen schwebende Form, der mit beinahe gleichen Rechten andere soziale Bildungen gegenübertraten. Man weiss, wie weit der mittelalterliche Staat mit seiner Konkurrenz der feudalen Gewalten vom Staatsmonismus entfernt war; erst in der Neuzeit hat sich allmählich die Alleinherrschaft des Staates durchgerungen. Oder, um soeben Gesagtes zu ergänzen: Von der Statik ist der Staat erst eigentlich im Laufe der Entwicklung zur Dynamik gelangt. Damit hat er aber auch immer mehr eine besondere Seele erworben, eine Räson, wie man nach dem Vorbilde Macchiavellis zu sagen pflegt. Es ist charakteristisch, dass erst im 16. Jahrhundert, dass erst im Augenblick, da der mittelalterliche Staat abgestorben war, von einer Staatsseele, einer Staatsräson überhaupt gesprochen wurde. Dieses sein Bewegungsgesetz, das vor allem seinem Raum und seinem Volkstum und innerhalb des Volkstums in der Hauptsache den geistigen Traditionen entspricht, hat der Staat immer mehr entwickelt. Er musste mächtiger werden, weil sein Bewegungsgesetz zu immer weiterer Bewegung drängte. Und die Staaten, die durch ihren Raum — vermöge seiner Fruchtbarkeit und seiner guten Lage — wie durch ihr Volkstum begünstigt waren, schwangen sich über die anderen hinaus und gestalteten eine besonders geschlossene Staatsräson. Es sind die Grossmächte, die wieder die Tendenz haben, sich zu Übergrossmächten, zu Monumentalmächten, zu Imperien zu erhöhen.

Dieser verfestigte Staat nun ist es, der in der imperialistischen Epoche als besondere Kraft, als geschichtsschaffende Macht von eigenen Gnaden in das Geschehen eingreift. So wie, bindend und gebunden, die grosse Persönlichkeit in der Geschichte steht, so ist, nur noch auf weit höherem Niveau und bei viel grösseren aktiven Ausstrahlungen, die Position der Staatspersönlichkeit geworden. Hier wird deutlich, dass die marxistische Auffassung, der Imperialismus sei allein aus einem bestimmten Stadium des Kapitalismus zu erklären, nur eine Halbwahrheit ist, eine Halbwahrheit im genauen Sinne des Wortes. zur Hälfte nämlich durchaus richtig, zur anderen aber einer Vervollständigung bedürftig. An dieser Schwierigkeit — Kombination des genetischen Faktors der Wirtschaft mit dem genetischen Faktor des Staates, kurz gesagt, der Wirtschaft mit der Politik — sind nahezu alle bisherigen Beurteiler des Imperialismus gescheitert. Sie waren entweder Marxisten, Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung mit ihrer Ableitung der historischen Vorgänge aus der

Produktionsweise des materiellen Lebens, oder sie besaßen überhaupt keine bestimmte Geschichtsauffassung und mussten damit vor dem Problem des Imperialismus versagen, oder aber ihre Staatsauffassung war allzu einseitig juristisch oder allzu lose oder allzu wenig entwicklungsgeschichtlich fundiert. So warfen die Nichtmarxisten, trotz des dunklen Gefühls, dass hier eine sehr genau abgrenzbare Geschichtsepoche mit ganz bestimmten Wurzeln vorliegt, doch schliesslich den Imperialismus von heute mit aller grossen Eroberungspolitik früherer Jahrhunderte und Jahrtausende zusammen und stellten so Dutzende von Imperialismen fest. Das Beste war es schon, wenn einmal Historiker wie Friedjung aus geschichtlicher Intuition heraus kurzweg ein Zeitalter des Imperialismus konstituierten, wobei sie freilich eine theoretische Begründung solcher Normengebung nicht zu liefern wussten. Der tiefste Grund für die Unfruchtbarkeit der Wissenschaft gegenüber dem Problem des Imperialismus beruht darin, dass kaum einer mit dem Handwerkszeug der wissenschaftlichen Politik an die Aufgabe heranging. Weder den typischen Nationalökonom, noch den typischen Historikern, noch endlich den typischen Vertretern der Staatslehre konnte die Zusammenschau der historischen Mächte und Kräfte, die für das Verständnis des Imperialismus unbedingt notwendig ist, gelingen. Allein eine politische Wissenschaft vermittelt diese Zusammenschau, ja solche komplexe Schau und Verknüpfung bedeutet geradezu den Zentralgegenstand dieser neuen Disziplin.

II.

Bemerkenswert ist, dass nicht nur die materialistisch gerichteten Volkswirtschaftler das Problem des Imperialismus verfehlten — sie haben sich immerhin, wie wir gesehen haben, der halben Wahrheit bemächtigt —, sondern auch die Nationalökonom, andere Observanz. Wilhelm Röpke bietet in seiner Studie «Kapitalismus und Imperialismus» (im 3. Heft des laufenden Jahrgangs dieser Zeitschrift) dafür ein wichtiges Beispiel. Er gehört zu den freihändlerisch gerichteten Nationalökonom, die als reinen Kapitalismus nur den verstehen, der durch Wirtschaftsfreiheit gekennzeichnet ist. Von diesem Gesichtspunkt, der die Entwicklung und Ausgestaltung des Kapitalismus zur Form verkennt und dem alles Eingreifen des Staates in die Wirtschaft eine Abirrung des reinen Kapitalismus ist, nennt Röpke den Imperialismus nicht nur keinen systemnotwendigen Bestandteil des Kapitalismus, sondern, unbeschadet aller ökonomischen Zwischenglieder, eine systemfremde und systemwidrige Begleiterscheinung des Kapitalismus. Nur wird dabei leider keineswegs deutlich, woher denn diese systemwidrige Begleiterscheinung kommt und wieso sie sich als ein allgemeines Zeitphänomen darstellt. Es ist ja doch ein seltsamer Vorgang, dass sich ein Nebeneinander, Gegeneinander und Übereinander von grossen Reichen erhebt, wie es in der Weltgeschichte noch niemals vorhanden war, Reiche nicht mit einem vagen, immerfort ins Ungewisse explodierenden Eroberungsdrang, sondern mit raumkonstruktiver Tendenz, die sich auf eine Autarkie grössten Massstabes richtet. In jeder anderen weltgeschichtlichen Epoche war es immer nur ein Reich, das die Führung hatte und als Weltreich anzusprechen war,

oder höchstens zwei Reiche, die miteinander um die Hegemonie kämpften und von denen am Ende eines obsiegte, wie Rom und Karthago. Woher das heutige Nebeneinander, das sich immer stärker akzentuiert, mit dem Ergebnis, dass der freie, nicht von den Weltmächten okkupierte oder sonst ihrer Kontrolle unterliegende Raum und der freie Weltmarkt immer kleiner werden? Allen freihändlerischen Wünschen und allen weltwirtschaftlichen Kongressen zum Trotz rückt der Freihandel in immer weitere Ferne, obwohl doch auf der anderen Seite die Weltverflechtung durch internationale Rapidverbindungen immer enger wird. Wird hier stets nur von Abirrung und Fehlerhaftigkeit gesprochen, so bleibt unser Kausalbedürfnis unbefriedigt. Es gilt, die Triebkräfte zu finden, die hinter diesen welthistorischen Erscheinungen stehen, und hierauf bleibt Röpke die Antwort schuldig. Nur eine strenge Analyse des Sondercharakters der Epoche kann sie geben. Und da wir für diesen Sondercharakter nun einmal keine bessere Bezeichnung haben als das Wort Imperialismus, so wollen wir, um keine Begriffsverwirrung eintreten zu lassen, daran festhalten, dass diesem Begriff allein unsere heutige Epoche entspricht. Es gibt keine Imperialismen, es gibt nur einen Imperialismus.

In diesem Imperialismus aber verkettet sich das Expansionsstreben eines hochentwickelten Kapitalismus mit den Lebensnotwendigkeiten starker Staaten, Staaten von einer Verfestigung, wie sie in der bisherigen Geschichte unbekannt war. Nur das Zusammenspiel der kapitalistischen Antriebe mit den Bewegungskräften hochgezüchteter Staaten ergibt die volle Erklärung für den Imperialismus. Wir haben nun nicht mehr die halbe Wahrheit, sondern die ganze. Um aber solche Vielfalt der geschichtsformenden Mächte erfassen zu können, bedarf es einer politischen Wissenschaft, die sich nicht einmal begnügen darf mit geschichtsphilosophischen Erkenntnissen, die vielmehr auch tiefe Einblicke in die Bewegungsvorgänge beim Staat gewinnen muss. Überhaupt bildet der Staat, der Staat in der Bewegung, das höchste Objekt der politischen Wissenschaft. Man kann ihn gleichsam im Ruhezustand untersuchen und wird dann im wesentlichen auf ein Netz von Verfassungs- und Verwaltungsbestimmungen, auf Grundgesetze, Spezialgesetze, Verordnungen und ähnliches stossen. Auf diesem juristischen Gebiet liegt die Aufgabe der Allgemeinen Staatslehre. Doch man darf sich nicht täuschen, dass diese Betrachtungsweise sich zwar auf angenehm konkreter Grundlage ergeht, dass sie aber ein Abstraktum Staat voraussetzt, wie es der Wirklichkeit nicht angehört. Der lebendige Staat wird allein in der Bewegung sichtbar, und dies eben ist der Gegenstand der Politik als Wissenschaft. So sehr die juristische Betrachtung des Staates auf Konkretheiten fusst, so wenig fusst sie auf letzten Realitäten. Real in Hinsicht auf den Staat ist allein die politische Wissenschaft. Sie beruft sich dabei, nach dem Vorbild des immer mehr in seiner wegweisenden Bedeutung gewürdigten Rudolf Kjellén, namentlich auf die beiden natürlichen Grundlagen des Staates, Raum und Volkstum und auf deren unaufhörliche Wechselbeziehung. Wer nicht vom Raum und vom Volkstum her den Staat begreift, der begreift ihn überhaupt nicht, freilich — und auch diesen Weg hat Kjellén gezeigt — kommt dazu noch eine Anzahl weiterer Staatsgrundlagen, die alle zusammen die Staatspersönlich-

keit ergeben, die unverwischbare und unverwechselbare Natur jedes einzelnen Staates, und die dann auch gestatten, dieser bestimmten Staatspersönlichkeit eine bestimmte Seele, eben die Staatsräson, zuzuschreiben. Wie im Laufe ihres Lebens die menschlichen Persönlichkeiten wachsen, so sind im Laufe der Geschichte die Staatspersönlichkeiten geworden, eine sehr interessante und kaum noch bemerkte Parallele zu dem biogenetischen Grundgesetz Haeckels, wonach der Embryo die gesamten Entwicklungsstadien seines Stammes durchmisst. Indem aber der Staat als solcher und alle einzelnen Staaten grössere Persönlichkeit gewannen, ist er seiner Komponenten immer bewusster geworden, wie ja auch der Mensch immer mehr sich selbst erkannt hat, man denke nur an die entscheidende Entwölkung des Unbewussten, wie sie der Tiefenpsychologie der letzten Jahrzehnte gelungen ist. Man hat die Psychoanalyse nicht mit Unrecht eine Rationalisierung des Unbewussten genannt: was der grosse Dichter und Denker in früheren Zeiten jenseits der Ratio getrieben hat, Aufhellung der Tiefen der Seele, das geschieht hier bewusst, und wenn dabei auch mancher Blütenstaub verfliegt, so erlangen wir dafür systematische Erkenntnisse bisher nicht geahnten Umfanges. Es wird eben überhaupt der Mensch immer mehr von der Ratio beherrscht, je mehr er in Wissenschaft und Technik der Natur entwächst; aber er kommt ja in Wahrheit nur der Natur damit näher, ihrem Wesen und ihren Geheimnissen, und erkennt erst jetzt die Unerforschlichkeit des Letzten und Tiefsten. Mit der Ratio also durchleuchten wir das Phänomen des Staates und erfahren dabei seinen eigenen Aufstieg von der Dumpfheit zur Bewusstheit. Die Staatspersönlichkeit wurde sich ihrer Grundlagen bewusst und lernte damit diese Grundlagen beherrschen, wir aber werden uns nun des Staates, vor allem unseres eigenen Staates bewusst, kriechen damit gleichsam ein in die Staatsräson und lernen diese wieder innerhalb bestimmter Grenzen beherrschen. Der grosse Staatsmann, in dem der Staat lebt, die Staatsräson arbeitet, vermag heute besser als zu jeder anderen Zeit seinen Staat zu formen, weil er nicht mehr angewiesen ist auf blosser Triebhaftigkeit, sondern auch beträchtliches Wissen dafür einsetzen kann. Namentlich hat die Einsicht in die Rolle des Raumes beim Aufbau der Staaten unser organisatorisches Raumdenken mächtig beflügelt.

III.

In der Blüte des Imperialismus leben die Staaten auf Grund ihrer Daseinsbedingungen in höchster Bewusstheit; sie gestalten sich aus in höchster Bewusstheit, räumlich, wirtschaftlich und kulturell, sie kämpfen miteinander in höchster Bewusstheit, sie verbinden sich aber auch in höchster Bewusstheit. Man versteht, um das nochmals zu betonen, diese Epoche völlig falsch, wenn man sie allein als Zeitalter des Kampfes bewertet. Immer hatte der Staat im Verhältnis zu seiner Nachbarschaft, im Verhältnis zum Erdganzen, zwei Funktionen: die der Isolierung und die der Verflechtung. In der Frühzeit war die Verflechtung sehr gering, die Isolierung dominierte. Jeder Staat schloss sich ab vom anderen, und wo eine andere Kulturwelt begann, da sassen Barbaren, mit denen man nur durch Krieg oder gelegentliche Handelszüge — ursprünglich waren Krieg und

Handelszug identisch — etwas zu tun, hatte. Die Grenzen waren keine Linien, sondern Säume, häufig sogar eigens hergestellte Einöden, um den Verkehr zu hindern. Je mehr die Kommunikationsmöglichkeiten zunahmen, desto stärker wurde das verflechtende Moment. Damit wurde aber das isolierende nicht etwa geringer, denn nun erst entfaltet sich aus der Angst, in zu grosse Verflechtung zu verfallen, die Staatspersönlichkeit. Sehr charakteristisch ist dafür die Grenze: gerade weil sie nun Linie wurde, dünner Strich, entwickelte sie sich erst jetzt zu einem Faktor des Gegensatzes, der Distanzierung und Differenzierung.

Heute sehen wir sowohl das verflechtende wie das isolierende Moment zu ungeheurer Stärke gewachsen. Neben einem Weltverkehr von riesigen Ausmassen steht in ebenso riesenhaftem Ausmasse die Autarkietendenz, in so weiter Dimension deswegen, weil nicht nur Imperien, sondern auch, worauf wir gleich zurückkommen, die Nationalstaaten davon ergriffen sind. Und da beide Momente, das isolierende wie das verflechtende, in ausgeprägter Bewusstheit vertreten werden, zeigt sich hier eine Dialektik, die eines der Hauptcharakteristika der Epoche bedeutet. Durch das Verflechtungsmoment werden Kriege — grosse Kriege sind hier gemeint, nicht peripherische Streitereien — wesentlich seltener; durch das Isolierungsmoment werden sie aber, wenn sie ausbrechen, um so furchtbarer, und durch eine Umkehrung des Verflechtungsmomentes haben sie dabei immer die Tendenz, sich zu Weltkriegen auszuwachsen.

Dabei aber vollzieht sich in dieser Dialektik des Imperialismus noch eine Sonderentwicklung, und hiernach habe ich zuerst die imperialistische Epoche in drei Stadien eingeteilt, in das des Feudalimperialismus, das des Kommerzimperialismus und das des Sozialimperialismus, ein Einteilungsvorschlag, der sich in der Wissenschaft ziemlich stark durchgesetzt hat, was namentlich für den Begriff des Kommerzimperialismus gilt. Dies Dreistadiengesetz des Imperialismus beruht zugleich, aber nicht allein, auf einer Entwicklung des Kapitalismus vom Hochkapitalismus zum Überkapitalismus in den Spätkapitalismus. Was Sombart Spätkapitalismus nennt, die gegenwärtige imperialistische Periode, nenne ich Überkapitalismus, während der Spätkapitalismus = Sozialimperialismus sich erst in den frühesten Umrissen abzeichnet, im übrigen aber einer kommenden Entwicklung vorbehalten bleibt. Dies Dreistadiengesetz lässt nun auch die Abwandlungen der Staatsverfestigung erkennen. Nach der enormen Anspannung des Staatsgedankens in der heutigen Zeit wird in der Periode des Sozialimperialismus der Staatsgedanke wieder schwächer.

Beginnen wir, um das Dreistadiengesetz zu erläutern, mit dem Faktor der Wirtschaft. Im Feudalimperialismus ist bereits der Kapitalismus voll entfaltet, wir sind nicht mehr im Frühkapitalismus, sondern bereits im Hochkapitalismus mit seinem gewaltigen Ausbau der Produktionsmittel, hinter dem, im System des Privateigentums, die Konsumkraft zurückbleibt. Die freie Wirtschaft schleudert immer grössere Mengen von Waren auf die Märkte, ohne dass der Absatz genügend zu regulieren wäre. Nunmehr setzen die ersten kapitalistischen Krisen ein. Immer hat es Wirtschaftskrisen gegeben, aber sie waren exogener, nicht in der Wirtschaft selbst liegender Natur, waren verursacht durch Dürren, Überschwemmungen, Epidemien, Kriege und ähnliches. Jetzt, zum erstenmal,

wird die Krise endogen. Die Krisen werden geradezu Bestandteil der Wirtschaft, und die Wirtschaft hat nichts intensiver im Sinn, als sich aus den Krisen zu retten. Um der Krise zu entfliehen, werden neue Territorien dem Kapitalismus erschlossen, indem sie mit dorthin exportierten Produktionsmitteln und Waren und nicht zuletzt mit ausgeführtem Kapital überzogen werden. Dadurch aber, dass diese jungen Gebiete sich wieder zu Industrieländern oder zu Halbindustrieländern entwickeln, die sich zum grösseren oder kleineren Teil industriell selbst versorgen, ist der Kapitalismus aufs neue genötigt, in die Welt auszugreifen. In diesem Punkte hat der Neumarxismus im wesentlichen richtig gesehen, wobei wir die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Neumarxismus — Anhänger und Gegner der Theorie von Rosa Luxemburg — in dieser Abhandlung nicht weiter erörtern wollen. Neben dem Ausgreifen in die Welt als Flucht vor der Krise steht die heimische Intensivierung des Kapitalismus. Neue Bedürfnisse werden auch im Innern der alten kapitalistischen Staaten geweckt. Indem hier aber die Bedürfnisse erstarken, entspringt neuer Reiz zur Produktion, neue Überproduktion, die wieder genötigt ist, nach aussen zu langen. Und so fort mit dem Ergebnis, dass mit dem immer intensiver werdenden Kapitalismus sowohl die innere Intensivierung wie die äussere Expansion sich in immer rasenderem Tempo fortsetzen und dadurch auch die Krisen und der Drang zur Flucht aus der Krise gesteigert werden.

Dies Bild aber wird erst kompliziert in rein politischen Bezirken. Der moderne nationale Gedanke erwächst als Ergebnis der verschiedensten Strömungen. Die Romantik mit ihrer Besinnung auf den Geschichtsverlauf stärkt die nationalen Traditionen und das nationale Gefühl, der Liberalismus fordert nicht nur die Freiheit der Einzelpersonlichkeit, sondern auch die der Nation, die Demokratie bringt die breite Masse, die im Gegensatz zu den kosmopolitischen oberen Schichten ihr Volkstum bewahrt hat, nach vorn. Die modernen Nationalstaaten entstehen, d. h. jedes Volk, das es räumlich und zahlenmässig nur irgend vermag, strebt nach einem eigenen Staat, um sich national ausleben zu können. Friedrich List äussert als erster den Gedanken, dass zum nationalen Staat auch eine nationale Wirtschaft gehört. Aus Selbstverteidigungsgründen wird diese Idee immer allgemeiner: auch kleine Agrarstaaten suchen sich, um im Kriegsfall nicht hilflos zu sein, die wichtigsten Industrien zu schaffen, die Industriestaaten aber, die die Landwirtschaft schon beinahe abgeschlossen hatten, suchen wieder eine eigene Ernährungsbasis zu gewinnen. Dazu kommt, speziell im Falle der Landwirtschaft, die Idee, dass national nur tüchtig ist, wer den Zusammenhang mit dem Boden nicht verloren hat. Die Staatspersönlichkeit wird auch zur Wirtschaftspersönlichkeit.

Nunmehr aber tut sich eine neue Dialektik auf, eine zweite neben der besprochenen Isolierung und Verflechtung. Der Gegensatz Nationalstaat und Übernationalstaat wird aktuell, er ist freilich in dem Stadium des Feudalimperialismus erst in langsamem Werden. Die grossen Imperien begreifen allesamt die verschiedensten Volkstümer in sich, sind also übernational. Während sich die Nationalstaaten auf den ethnopolitischen Faktor, das Volkstum, stützen, sind die Imperien auf dem geopolitischen, dem Raum, basiert. In der Folge wird die

Verneinung des Ethnischen nur noch heftiger. Je mehr sich nämlich die grossen Reiche bilden, desto mehr reissen sie Nationalstaaten in Form von Interessensphären an sich, desto mehr freilich suchen sich auch die Nationalstaaten dieser Offensive, der sie wirtschaftlich zu unterliegen drohen, politisch zu entziehen.

Im Feudalimperialismus nun ragen feudale, vorkapitalistische Anschauungen noch tief in den Imperialismus hinein, wie ja überhaupt — das hat Marx erkannt — in jeder Epoche sich Reste früherer Epocheninhalte und Vorboten kommender geltend machen. Es besteht schon ein entwickelter Kapitalismus, aber die soziale Herrschaft früherer Schichten ist noch nicht abgebaut. Deshalb sind noch weithin rein militärische, von der Leidenschaften gern sänftigenden und glättenden Wirtschaft unbeeinflusste Ideen und Ideale anzutreffen. So walten hier feudale Kriegsanreize, die noch zu häufigen Prestigekriegen führen. Die Dialektik Isolierung und Verflechtung ist noch nicht ausbalanciert, sondern noch zugunsten der Isolierung verschoben. Allmählich aber gelangen die wirtschaftlich herrschenden Schichten auch sozial nach oben, und damit tritt der Imperialismus vom ersten Stadium in sein zweites, vom Feudalimperialismus in den Kommerzimperialismus.

IV.

Die Verflechtungstendenz ist in dieser zweiten Periode weit vorgeschritten; händlerische Anschauungen haben die alten feudalen Vorstellungen abgelöst, der Handel aber braucht den Frieden. Die Isolierungstendenz hat deswegen nicht abgenommen: jetzt nämlich bilden sich erst die Nationalstaaten in ihren Eigentümlichkeiten aus und suchen sich auch immer grössere wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erringen. Wir sind in der Zeit nach dem Weltkrieg; man darf ihn als die grosse Scheide zwischen Feudalimperialismus und Kommerzimperialismus betrachten, weil nämlich hier noch einmal in einem noch nicht durchweg technisierten Krieg der Feudalismus emporflamte, während auf der anderen Seite doch gerade der Weltkrieg die Industrialisierung und Technisierung ausserordentlich beförderte. Neben den Nationalstaaten vervollkommen sich aber jetzt die übernationalen Mächte. Das System der Grossmächte, entstanden aus einer Erweiterung des abendländischen Kulturkreises, aber bis Ende des 19. Jahrhunderts auf Europa beschränkt, ist durch Hinzutritt der Vereinigten Staaten und Japans planetarisch geworden; schon indem die Weltmächte sich aneinander stossen, sind sie zur räumlichen Organisation gezwungen. Jede Weltmacht fühlt in Anknüpfung an antike und mittelalterliche Traditionen universal, jede aber ist sich doch ihrer heutigen Schranken bewusst, und aus dieser dialektischen Spannung entspringt der Wunsch nach einem geformten, gerundeten Reich. Das britische Imperium mit seiner Vielheit der Nationen und seiner berechneten Raumkonstruktion — Mittelpunkt Indien, Herrschaft über alle indischen Zufahrts- und Abgangswege — findet seine Parallele in den Vereinigten Staaten mit ihrem methodisch ausgebauten Herrschaftswillen über Mittel- und Südamerika (fast nur Einflussphären, kaum Kolonien!) und über den Pazifik; in Japan mit seiner unbeirraren Tendenz nach einem grossen fernöst-

lichen Imperium, wobei die Mandchurei nicht mehr ist als der erste Ansatzpunkt; an Russland mit seiner Konstruktion eines zusammenhängenden eurasischen Raumes gewaltigen Umfanges; an Frankreich mit seiner Tendenz, das überseeische Frankreich in Afrika zur unmittelbaren Fortsetzung des europäischen zu gestalten; an Italien mit seiner Konstruktion eines Mittelmeerimperiums bis tief in den Sudan hinein mit Einschluss von Vorhöfen am Roten Meer und Indischen Ozean. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die französischen Versuche, einen Reichsbau ähnlich dem britischen zu schaffen und damit das bisher verhältnismässig geringe Interesse des französischen Volkes für die Kolonien zu bewusstem Imperialwillen zu steigern. Die grossartige Pariser Kolonialausstellung von 1931 hat den Anfang damit gemacht; in dem damals errichteten Kolonialmuseum hat dann im Dezember 1934 die erste französische Reichskonferenz nach dem Muster der britischen Reichskonferenzen stattgefunden. Man erstrebt die wirtschaftliche Einheit Frankreichs und seiner Kolonien; freilich soll das, so betonte der Kolonialminister Rollin bei Eröffnung der Konferenz, nicht bedeuten, dass dies grössere Frankreich, dies Frankreich von hundert Millionen, sich nun wirtschaftlich von der übrigen Welt isolieren wolle. Wenn man sich aber ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet dieser Ausdehnung zum Ziel setzt, so hat man, eingestandenermassen oder nicht, die Absicht der Isolierung. Die Organisationsidee ist ähnlich wie im britischen Empire: jedem Teil des Reiches soll eine besondere Funktion im allgemeinen imperialen Wirtschaftsprozess zukommen, jeder Teil soll in grösserer oder geringerer Monokultur bestimmte Produkte liefern, während er für die anderen Erzeugnisse angewiesen ist auf das übrige Reich. Auf diese Weise ist jeder Teil abhängig vom Ganzen, und es wird auch erreicht, dass kein Teil dem anderen unerwünschte Konkurrenz macht. Vermutlich steuert Frankreich auf eine Vereinbarung hinaus, wie sie 1932 in Ottawa für das britische Reich gelungen ist. Übrigens ist vor der wirtschaftlichen Einheit im französischen Empire bereits eine militärische und kulturelle hergestellt worden, die militärische durch den umfassenden Ausbau einer farbigen Macht, die kulturelle durch systematische Pflege der französischen Kulturgedanken, die um so eher Wurzel gefasst haben, als Frankreich erhebliche Rasse-schranken nicht kennt. Auch eine gemeinsame Verkehrspolitik Frankreichs und seiner Kolonien, die natürlich vor allem militärisch verstanden werden muss, ist schon seit langem in Angriff genommen worden.

Dies nur als Beispiel der heutigen Isolierungspolitik der Imperien. Alle Reichsbildungen werden nach und nach diese Wege gehen. Damit aber gestaltet sich der imperialistische Aspekt zu einem welthistorischen Wettbewerb einer Anzahl riesiger, mehr oder weniger autarkischer Reiche übernationalen Charakters. Die kleinen Nationalstaaten, selbst vom Autarkiewillen getrieben, stürzen dabei meist in die Atmosphäre der Imperien wie die grossen Planeten kleinere in ihre Atmosphäre ziehen und sie zu Monden degradieren. Der Kampf zwischen den Imperien akzentuiert sich auch zum Kampf um die Trabantenfunktion der Nationalstaaten. Diese haben freilich zwei Möglichkeiten, um einigermaßen selbständig zu bleiben: indem sie sich entweder zu grösseren Verbindungen zusammenschliessen, die ihre eigene Politik machen — so wie sich ein (bisher noch

loser und unvollständiger) Balkanbund formiert hat oder so wie die drei führenden südamerikanischen Republiken, Argentinien, Brasilien und Chile, gewisse gemeinsame Richtlinien gegenüber der nordamerikanischen Hegemoniepolitik ausgebildet haben — oder aber indem sie durch geschicktes Lavieren, durch eine kluge, vorsichtige Politik sich zwischen den Grossen, ihre Eifersucht weise benützend, zu halten verstehen. Dazu kommt, dass die nationalstaatliche Entwicklung im abendländischen Kulturkreis durch die Freiheitsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker wesentlich ergänzt wird. Aber man darf nicht etwa sagen, dass beide Bewegungen sich bewusst gegenseitig steigerten. Einmal macht sich das abendländische Solidaritätsgefühl zwischen den europäisch-amerikanischen Imperien und den Nationalstaaten doch immer wieder geltend, dann aber ist es den Nationalstaaten klar, dass eine Art Lebensversicherung für sie gerade die Weltbetätigung der Imperien darstellt.

Die Autarkietendenz der Grossen wird um so eifriger, je verhängnisvollere Schwierigkeiten dem Kapitalismus erwachsen, je mehr er in immer häufigere und schärfere Krisen hineingleitet. Jedes Imperium versucht, vermöge seiner Grösse und seiner wirtschaftlichen Hilfsmittel möglichst ungefährdet sich allein aus der Krise herauszuretten; das aber bedingt, das es nicht nur seinen Reichsbau immer fester gestaltet, sondern auch den Umfang seines Reiches immer weiter hinaus verlegen möchte; wobei nicht so sehr an nackten Territorialwillen wie an die Ausbreitung der Interessensphären, also nicht so sehr an formelle wie an tatsächliche Herrschaft gedacht ist. Auch aus strategischen Gründen werden die Imperien durch Vorlagerung von Glacis immer grösser. Sobald aber die neuen Vorfelder dicht in den Reichsbau eingeschlossen sind, brauchen sie wieder neue Vorfelder und so fort. Auf diese Weise sind die Verteidigungsstellungen Indiens immer weiter nach West und Ost hinausgeschoben worden. Über der Verteidigung der einzelnen Reichsglieder aber steht die des Reichsganzen. Schon seit einer Reihe von Jahren gibt es unter dem Namen Imperial Defence Committee eine Londoner Zentrale für Leitung der gesamten Verteidigungsmassnahmen des Britischen Reiches, wobei also Mutterland und Dominien zusammenarbeiten. Reichskonstruktion, Aufmarsch- und Verteidigungspläne vermählen sich, oder, anders ausgedrückt, in den Aufmarschplänen spiegelt sich der Reichsbau. Immer jedoch stellt sich in Aufmarsch und Verteidigung neben den militärischen und den territorialen Faktor der wirtschaftliche, und zwar dieser mit der deutlichen Tendenz zur Autarkie.

So sehr aber auch der Weltmarkt durch die monumentalen Reichsbauten verkleinert wird, so wenig lässt er sich vollkommen entbehren. Kein Imperium wird, angesichts eines Systems der Weltmächte, jemals in Erzeugung und Verbrauch völlig autark sein. Dazu kommt, dass durch die sich intensivierende kapitalistische Produktion für den Absatz gewisser Waren auch das grösste Imperium auf den Weltmarkt angewiesen bleibt, namentlich wenn man bedenkt, dass schon aus räumlichen und Standortsgründen der Absatz sehr oft besser ausserhalb des Imperiums zu bewerkstelligen ist. Das aber zwingt doch immer wieder zur internationalen Zusammenarbeit. Auch bewirkt die für die hochentwickelten kapitalistischen Länder bezeichnende Herrschaft der kommerziellen

Schichten, dass deren verflechtende Gesinnungen sich immer wieder gegenüber den isolierenden Welttendenzen durchzusetzen wissen. Nicht unwichtig ist auch, dass militärische Antriebe doch nicht nur massgebend für die Isolierung, sondern auch für die Verflechtung sind. Je mehr der Krieg technisiert wird, desto teurer wird die militärische Rüstung, desto riskanter wird der Krieg, desto mehr ergreift er nicht nur die Frontkämpfer, sondern die gesamten Bevölkerungen. Der Drang nach Abrüstungskonventionen erwächst. Mit dem allem aber hält doch der verflechtende Faktor dem isolierenden immer wieder die Waage. Man darf sagen, dass im kommerzimperialistischen Stadium beide Faktoren auf die Spitze getrieben sind, dass die höchste Dialektik, die höchste Spannung zwischen ihnen vibriert. Krieg und Krise stehen hier nicht durchaus in Parallele: während die Krisen immer häufiger und heftiger werden, werden die Kriege zwar immer heftiger, aber auch immer seltener.

V.

Um Krieg und Krise zu begegnen, straffen sich die Staaten mehr und mehr. Sie zentralisieren sich politisch, dies aber führt zu autoritären Regierungen und Diktaturen; doch sie straffen sich auch wirtschaftlich, dies führt zu immer stärkerer staatlicher Regulierung der Wirtschaft. Nun erst tritt die Wirtschaft aus der stählernen Formhaftigkeit ihrer äussersten Entwicklung in ein Spätstadium, in dem sie stufenweise zum müden Kostgänger des Staates wird. Sie wird verbeamtet, sie verliert ihren Elan. Auch aus sozialpolitischen Gründen muss sie der Staat in Beschlag nehmen. In der Periode ihrer höchsten Formhaftigkeit waren die Trusts, Kartelle, Konzerne emporgeschossen. Sie entwickeln sich in einer Sphäre des Privateigentums immer mehr zu monopolistischen Unternehmungen, die zuungunsten der Konsumenten die Preise diktieren. Je mehr nun der Staat in dem angespannten Kampf der Imperien untereinander von der grossen Masse des Volkes an Einsatz und Opferbereitschaft verlangt — er fordert wehrpolitisch durchgehende Militarisierung, wirtschaftspolitisch unter Umständen rigorosen Abbau der Löhne zugunsten der Exportförderung —, desto mehr muss er auch wieder der grossen Masse bieten, um im Krieg und Frieden der Masse sicher zu sein. Er wird autoritär, totalitär und diktatorisch auf der einen Seite, dafür aber muss er auf der anderen das Volk umwerben. Das dritte Stadium des Imperialismus: der Sozialimperialismus, hebt an. Er ist ein Jacobinismus auf spätkapitalistischer Stufe. Vom autoritären und diktatorischen Staat wird ein mit einem entgifteten Kapitalismus vereinbarer Sozialismus gepredigt und mit einer nationalen Etikette versehen. Der Sozialismus kann in dieser krisengeschüttelten Zeit um so weniger, wie das der Marxismus erstrebte, von den Massen ausgehen, als die Masse, das Proletariat, in sich gespalten ist, eine Entwicklung, die Marx nicht geahnt hat. Die Krisen haben überall eine Arbeiteraristokratie und ein Arbeiterproletariat entstehen lassen, eine Aristokratie, die in Arbeit befindlich ist und die an ihren verhältnismässig hohen Spezialistenlöhnen hängt, und ein arbeitsloses oder dauernd von Arbeitslosigkeit bedrohtes, auf die Strasse geschleudertes oder doch der Heimlosigkeit verfallenes Proletariat. Diesen

Kampf innerhalb der Arbeiterschaft macht sich der Staat für seine autoritäre Politik zunutze. Aber da er nun aus aussenpolitischen Gründen das höchste von der Gesamtmasse verlangen muss, sucht er auch das Arbeiterproletariat bei Laune zu halten, indem er es durch — oft gewaltsame und künstliche — Arbeitsbeschaffung verringert und zur Aristokratie hinüberdrängt. Auf dieser Arbeiteraristokratie beruht nun immer mehr das Staatsganze: der Imperialismus wird sozialistisch durchsetzt. In dies Stadium sind wir noch nicht voll hineingekommen, wohl aber offenbaren sich bedeutsame Anzeichen, wie ja überhaupt immer, wir haben es konstatiert, Vorboten eines neuen Stadiums in das gegenwärtige hereinspielen. Umgekehrt hat diese Diktatur auch die Eigentümlichkeit, feudalistische Inhalte in Gestalt eines Pseudo-feudalismus zu repetieren. Indem aber durch die Verbeamtung der Wirtschaft die Stosskraft des Kapitalismus trotz aller Staatsförderung ermattet und indem die grosse friedliebende und ruhebedürftige — wenn auch zu Zeiten durch Agitation erschütterte — Masse überall den Ausschlag gibt und die Starrheit und eherne Willenhaftigkeit der Staatsräson zugunsten eines Massenideals der Geruhsamkeit verfärbt, erstirbt allmählich wieder der Imperialismus. Auch hier wirkt die Dialektik: der Staat bemächtigt sich auch deshalb der privaten Konzerne, um die Konkurrenzfähigkeit seiner Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu steigern — wir sehen das heute vor allem in Japan, wo die Regierung die gesamte Roheisenproduktion, sechzig Prozent der Rohstahlerzeugung und fünfzig Prozent der Walzwerkfabrikation kontrolliert —, im Effekt aber lähmt er nur die Wirtschaft, und ihre Schlawheit schädigt schliesslich auch den Staat. Damit gleitet die Staatsverfestigung wieder abwärts, die grossen Imperien werden, mehr noch als die Nationalstaaten, schwächer. Auf der anderen Seite ist gerade jetzt, da die Erde in weitem Umfange durchkapitalisiert ist und da die Freiheitsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Länder auch die Tendenz zu eigenen Nationalwirtschaften hat, die imperialistische Schlagkraft nötiger als jemals. Aus der Diskrepanz zwischen der ermattenden Staatsgewalt und den wachsenden Schwierigkeiten neuer imperialistischer Vorstösse entwickelt sich innerhalb der immer schärferen Wirtschaftskrisen die Krise des Imperialismus.

Um diesen Prozess zu hemmen, wird die schon seit geraumer Zeit im Gange befindliche Mythisierung der Staatsräson leidenschaftlich gesteigert. Auch hier wieder unterscheiden sich die nationalen und die übernationalen Staaten. Bei den nationalen schafft die Nation den Staat, bei den übernationalen der Staat die Nation; entsprechend färbt sich der Mythos. Auf jeden Fall aber ist es seltsam, wie die höchste Planmässigkeit des durchrationalisierten Staates ihr Gegenstück im Mythos erhält. Die Dialektik Staatsbewusstheit und Irrationalität der Staatspersönlichkeit rückt in das Betrachtungsfeld. Während vordem der Mythos den tiefen emotionalen Hintergrund der Bewusstheit gebildet hatte, frisst er in der Folge die Bewusstheit. Die Irrationalitäten, die dem Staatsgedanken dienen sollten, lösen ihn auf. Damit aber schlägt die Entwicklung nun erst in den vollendeten Rationalismus um. Der im kommerzial-imperialistischen Stadium gegründete und damals kommerzialimperialistisch, also nur halbfriedlich, orientierte Völkerbund weicht einer wirklichen Welt-

organisation mit einer souveränen Spitze über der Staatenwelt. Wie weit dieser Prozess mit einem internationalen Sozialismus im Sinne von Marx verbunden sein wird, soll an dieser Stelle nicht untersucht werden. Keinesfalls aber sind die marxistischen Katastrophentheoretiker im Recht, die von einer Durchindustrialisierung und Durchkapitalisierung der Welt schliesslich die kapitalistische Katastrophe und den Anbruch des internationalen Sozialismus erwarten; immer kann nur, falls wir nicht etwa einen vernichtenden Krieg von gigantischen Ausmassen erleben, von einer allmählichen Entwicklung, die sich zudem in den verschiedensten Teilen der Erde ganz verschieden darstellt, die Rede sein, einer Entwicklung überdies, deren einzelne Inhalte heute noch nicht exakt festgelegt werden können. So sehr von einer politischen Wissenschaft die Prognose — in der Einzahl! — verlangt werden muss, so sehr muss sie sich doch vor Prognosen — in der Mehrzahl! — hüten; anders ausgedrückt: sie darf mit dem Anspruch auf Glaubwürdigkeit immer nur etwas über die allgemeine, nicht über die spezielle Entwicklung eröffnen.

VI.

Aus dem vorstehenden Entwicklungsschema ergibt sich, dass zwei naheliegende und oftmals erhobene Einwände gegen diese Auffassungsweise des Imperialismus nicht zutreffen. Man hat gemeint, für die Rolle der Sowjetunion sei darin kein Platz. Aber, entgegen der bolschewistischen Doktrin, treibt die Sowjetunion in einer Epoche des Imperialismus, obwohl sie täglich jeden Imperialismus abschwört und ihre Existenzberechtigung gerade im Gegensatz zum Imperialismus findet, genau denselben Imperialismus wie alle anderen Mächte. Zunächst ist es sehr merkwürdig, dass der Bolschewismus den Imperialismus gleichsam als etwas Unlauteres zu betrachten pflegt, wiewohl doch gerade der Marxismus es war, der zuerst, wenn auch einseitig, den Imperialismus mit Recht als etwas Zwangsläufiges betrachtete. Von dieser Zwangsläufigkeit ist auch die Sowjetunion nicht ausgenommen, solange sie sich innerhalb einer kapitalistischen Welt isoliert einem marxistischen Sozialismus hingibt. Beide für den Imperialismus bestimmenden Momente, die Flucht aus der kapitalistischen Krise wie die Straffung des Staatsgedankens, finden sich auch bei ihr. Gewiss, innerhalb der sowjetischen Grenzen existiert kein Privateigentum mehr, also auch kein Kapitalismus (man hat für die Sowjetunion den verschwommenen Begriff des Staatskapitalismus konstruiert, aber ihn wollen wir hier gar nicht in Anspruch nehmen), doch ist in diesem Wirtschaftsbau nicht nur eine Überproduktion denkbar, sondern es ist vor allem möglich und wahrscheinlich, dass diese Überproduktion expansionsmässig in die vor den Toren der Sowjetunion brandende kapitalistische oder den Einflussspähren des Kapitalismus unterliegende Welt geleitet wird. Bedarf und Produktion werden in der Sowjetwirtschaft zwar theoretisch miteinander in Einklang gebracht, praktisch ist es aber doch so, dass, da Verkehr und Verkehrskonstruktion in dem ungeheueren europäisch-asiatischen Raum noch auf lange Zeit hinaus unvollkommen bleiben werden (man darf auch sagen: der Raum lässt sich verkehrstechnisch nicht durchformen, nicht durcharbeiten), die Produkte der sich enorm aus-

dehnenden Industrie, die Rohstoffe und bei entwickelterer Getreidewirtschaft auch die Zerealien dorthin geworfen werden, wo es transportmässig am günstigsten ist und wo neue Räume winken, die verbrauchspolitisch eine Ergänzung zu den bereits vorhandenen Räumen darstellen. Ähnliches gilt umgekehrt für unmittelbar angrenzende Gebiete, die die Sowjetunion mit neuen Rohstoffen versorgen könnten. Mit anderen Worten: Gesamtasien, Vorderasien wie Mittelasien wie der Ferne Osten, wird immer mehr in den Exploitationsbereich der Sowjetunion einbezogen. Wir bemerken es bei ihrer Politik gegenüber der Türkei — sie exportiert in steigendem Umfange gerade nach der Türkei nicht nur Industriewaren, sondern auch Produktionsmittel — gegenüber Persien, Afghanistan, der Mongolei und nicht zuletzt Innerchina. Diesen wirtschaftspolitischen Tendenzen aber gesellen sich die staatspolitischen. Man weiss, dass der Marxismus den Staat mit dem Klassenstaat identifiziert und von dem Abbau des Klassenstaates auch den des Staates erwartet. Nun, in der Praxis hat kaum ein Staat seine Staatsräson so gekräftigt, wie gerade die Sowjetunion; raumpolitisch vor allem ist sie durchaus in die Fussstapfen des alten Zarismus getreten. Die Sowjetunion ist heute Weltmacht unter Weltmächten, was bedeutet, dass sie auch imperialistische Macht ist unter imperialistischen Mächten. Ihre Aussenpolitik wird nicht mehr von der Dritten Internationale, sondern vom russischen Staatsgedanken aus bestimmt.

Der zweite Einwand betrifft die imperialistische Rolle der kleinen Staaten. Vor einiger Zeit ist eine Schrift «Die Schweiz und der Imperialismus» von Dr. Richard Behrendt (Zürich 1932, Rascher & Co.) erschienen, in der die Theorie vom Imperialismus als Ausfluss des Kapitalismus schon deshalb als abwegig hingestellt wird, weil die Schweiz als hochkapitalistischer Staat doch keinerlei Imperialismus treibe. Zunächst findet sich hier (obwohl Behrendt Machtausübung und Gewaltausübung sehr gut zu unterscheiden weiss) wieder der Fehler, dass die friedlichen Momente im Imperialismus übersehen werden, dass er kurzweg mit Gewaltanwendung identifiziert wird, wozu freilich die marxistischen Theoretiker, gegen die Behrendt hauptsächlich polemisiert, schlechthin anreizen. Dann sei bei dieser Gelegenheit auf den schon aus dem Vorhergegangenen deutlichen Unterschied von objektivem und subjektivem Imperialismus aufmerksam gemacht. Subjektiven Imperialismus, d. h. imperialistische Gesinnung, braucht ein Staat keineswegs zu besitzen, wenn er dem objektiven Imperialismus, der imperialistischen Atmosphäre verhaftet ist. Die Schweiz aber, der schon wegen der Nüchternheit des Volkscharakters subjektiv zweifellos jeder imperialistische Wille abgeht, kann sich doch der imperialistischen Epoche so wenig entziehen wie irgendein anderes staatliches Gemeinwesen der Gegenwart. Und da sie noch dazu fraglos hochkapitalistisch ist, lebt sie sogar in besonderem Masse in diesem Dunstkreis. Nur dass sie als Kleinstaat, und noch dazu als nicht ans Meer grenzender Binnenstaat, selbstverständlich gar nicht irgendwie führend aufzutreten vermag. Sie kann sich im Bann dieser imperialistischen Epoche eben nur immer in den Grenzen ihrer Existenzbedingungen bewegen. Aber innerhalb dieser Grenzen steht sie, genau wie sie es in geschickter Politik vermieden hat, zur Einflussphäre einer im-

perialistischen Grossmacht zu werden, dem Imperialismus durchaus nicht etwa nur passiv, sondern sogar eminent aktiv gegenüber. Man denke nur an ihren Kapitalexport, an ihre Kapitalbetätigung in allen Erdteilen, die ihr, zusammen mit anderen Faktoren, trotz passiver Handelsbilanz höchst aktive Zahlungsbilanz, umfangreiche Kapitalakkumulation und damit spezifische Wirtschaftsmacht mit stabilster Währung geschenkt hat. Genau betrachtet ist die sogenannte Vierte Schweiz, die Schweiz der Auslandsschweizer, eine ideelle imperialistische Kolonie der Schweiz überall auf der Welt, wobei die von Behrendt hervorgehobene hohe kulturelle Stufe (man darf hinzufügen: auch hohe kapitalistische Stufe), auf der im allgemeinen der Schweizer Auswanderer im Vergleich zu dem anderer Nationen steht, sehr bedeutungsvoll ist. Dazu kommt, dass sich, bei aller Bewahrung demokratischer Grundhaltung, auch die Schweiz sichtlich auf einen autoritäreren Staat und auf einen Etatismus in der Wirtschaft hinbewegt, dass also auch bei ihr eine offenbare Straffung des Staatsgedankens vorliegt. Charakteristisch ist, dass immer nachdrücklicher ein vom Staate dirigierter Zusammenhang von Kapitalausfuhr und Exportförderung verlangt wird, damit Kapital künftig nur den ausgesprochenen Exportländern der Schweiz und möglichst auch nur für der schweizerischen Wirtschaft unmittelbar zugute kommende Zwecke geliefert wird.

Wie man aber als hochkapitalistischer Kleinstaat sogar zu territorialer imperialistischer Politik gelangen kann, zeigt das Beispiel Belgiens, dessen Kongokolonie beinahe die hundertfache Fläche des Mutterlandes beträgt. Man muss sich nur bei der Betrachtung des imperialistischen Zeitalters davor hüten, schematisch überall genau die gleichen Entwicklungen zu erwarten. Es gibt, wie wir erkannt haben, ein Generalschema der imperialistischen Epoche — und die Aufgabe gerade der politischen Wissenschaft ist es, gegenüber einer bisher nur sehr unvollkommenen Forschung dies Schema immer intensiver herauszuarbeiten —, aber innerhalb dieses Schemas gestattet das komplizierte weltpolitische und weltwirtschaftliche Leben der Gegenwart die mannigfachsten Variationen. So ist es ja auch eine alte Wahrheit der Volkswirtschaftslehre, dass die Bezeichnung unserer Epoche als der des Hochkapitalismus eine Fülle von älteren Wirtschaftsstufen überdeckt, die unter der hochkapitalistischen Schicht noch leben.
